



Kiel, 22. Juni 2018

Nr. 209 /2018

Martin Habersaat:

Bildung ist immer zuerst ein Recht des Einzelnen

Zu den Ergebnissen des siebten gemeinsamen Bildungsberichts von Bund und Ländern sagt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

Dem gemeinsamen Bildungsbericht liegt ein Bildungsverständnis zugrunde, dessen Ziele in den Dimensionen „individuelle Regulationsfähigkeit“ (Verantwortung für sich und andere übernehmen), „gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit“ sowie „Humanressourcen“ ihren Ausdruck finden. Bildung sollte immer zuerst den ersten beiden Dimensionen dienen, ein Recht des Einzelnen sein. Volkswirtschaftlich positive Aspekte sind dann ein positiver Nebeneffekt.

Mittlerweile verfügen zum Beispiel 31 Prozent der Bevölkerung über 15 Jahren über die Hochschulreife. Ich bin erfreut zu hören, dass unsere Bildungsministerin unsere Einschätzung teilt, dass das eine gute Nachricht ist. Zum Lebensglück gehört nicht das Abitur, aber wer die Voraussetzungen mitbringt, sollte es ohne unnötige Hürden ablegen können – nicht nur mit dem Ziel eines Studiums. Auch im Handwerk und anderen Ausbildungsberufen gibt es heute viele Abiturientinnen und Abiturienten. Einem Rückzug der Betriebe aus der Ausbildung müssen wir entgegen wirken, ebenso allerdings der steigenden Abbruchquote im Masterstudium. In vielen Branchen gibt es noch große Potentiale für die betriebliche Weiterbildung. Es ist nun einmal Fakt: Mit steigendem Bildungsstand sind Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt besser integriert und verdienen mehr.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Jedes vierte Kind wächst in einer „bildungsbezogenen Risikolage“ auf. Die soziale Herkunft hat nach wie vor einen zu starken Einfluss auf den Bildungserfolg. Die Hilfe für Schulen in schwierigen Lagen muss deshalb mit dem Haushalt 2019 kommen. Sie muss massiv und nachhaltig sein, Feigenblattlösungen werden wir ebenso wenig akzeptieren wie Etikettenschwindel.

Mit guter Schule allein ist gute Bildung nicht zu machen. Was die (Weiter-)Entwicklung rechtskreisübergreifender Konzepte angeht, stellen wir in Schleswig-Holstein nach einem Jahr Jamaika betrüblicherweise keine Fortschritte fest. Während Sozialminister Garg die Kita-Finanzierung -leider ohne die Perspektive einer Beitragsfreiheit für die Eltern, wie es sie sonst überall in Norddeutschland gibt- mit viel Elan zumindest angepackt hat, ist bei der besseren Vernetzung und Ausstattung von Jugendhilfe (z.B. Sozialarbeit), Eingliederungshilfe (z.B. Schulbegleitung) und Schule (neben den Lehrkräften ist das die Schulassistenz) noch nichts passiert. Schönschrift und G9 waren vielleicht falsch gewählte Arbeitsschwerpunkte einer Bildungsministerin, die sich mehr an ihrer Kollegin Eisenmann als an den besonderen Bedürfnissen Schleswig-Holsteins zu orientieren scheint.